ZBB 2000, 337

BGB § 276

Haftung einer Gemeinde aus c.i.c. bei Verschweigen der Erforderlichkeit der aufsichtsbehördlichen Zustimmung gegenüber der kreditgebenden Bank bei der Bestellung einer Grundschuld

BGH, Urt. v. 06.06.2000 – XI ZR 235/99 (OLG Karlsruhe), WM 2000, 1840

Amtlicher Leitsatz:

Eine Gebietskörperschaft kann wegen Verschuldens bei Vertragsschluß auf Ersatz des Vertrauensschadens in Anspruch genommen werden, wenn der Vertragspartner nicht auf ein aufsichtsbehördliches Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis hingewiesen wurde.

(c) 2026 RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH & Co. KG